Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9592**
14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Eva Bulling-Schröter, Rosel Neuhäuser und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/9255 –

Innerdeutschen Luftverkehr auf die Bahn verlagern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, dafür Sorge zu tragen, dass die Bahn systematisch gefördert und im Besonderen für Verbindungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland in der Regel zur attraktiven Alternative zum Luftverkehr wird. Notwendig sei der flächenhafte Erhalt und Ausbau des bestehenden Schienennetzes. Die Zuggattung InterRegio solle beibehalten werden, eine effiziente Nord-Süd-Verbindung ohne eine ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt solle mit dem bestehenden Netz hergestellt werden und die ostdeutschen Städte sollten gut in ein optimiertes Bahnnetz integriert werden. Der weitere Aus- und Neubau von Flughäfen sei nicht mehr als Zielsetzung anzustreben, die Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für den Luftverkehr solle erfolgen, ersatzweise solle eine Emissions-Abgabe auf den Luftverkehr eingeführt werden und Güterverkehr als Massentransport solle in der Regel im Luftverkehr vermieden werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/9255 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald Vorsitzender	**Hans-Günter Bruckmann** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hans-Günter Bruckmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/9255 in seiner 243. Sitzung am 14. Juni 2002 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Drucksache 14/9255 hat unter anderem zum Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass die Bahn systematisch gefördert und im Besonderen für Verbindungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland in der Regel zur attraktiven Alternative zum Luftverkehr wird. Notwendig sei der flächenhafte Erhalt und Ausbau des bestehenden Schienennetzes. Die Zuggattung InterRegio solle beibehalten werden, eine effiziente Nord-Süd-Verbindung ohne eine ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt solle mit dem bestehenden Netz hergestellt werden und die ostdeutschen Städte sollten gut in ein optimiertes Bahnnetz integriert werden. Der weitere Aus- und Neubau von Flughäfen sei nicht mehr als Zielsetzung anzustreben, die Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für den Luftverkehr solle erfolgen, ersatzweise solle eine Emissions-Abgabe auf den Luftverkehr eingeführt werden und Güterverkehr als Massentransport solle in der Regel im Luftverkehr vermieden werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 92. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** meinte, von der Zielrichtung her sei der Antrag vernünftig; auch die Bundesregierung habe den integrierten Ansatz als richtig erkannt. Es sei aber nicht richtig, hier in die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern einzugreifen. Auch die Forderung nach einer Emissionsabgabe sei abzulehnen, da die deutsche Luftfahrt im internationalen Wettbewerb stehe. Zum Teil sei der Antrag auch durch das Handeln der Bundesregierung erledigt. Es sei nicht zutreffend, dass der Luftverkehr subventioniert werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** meinte, in dem Antrag werde das Potenzial für die Verlagerung von Luftverkehr auf die Schiene völlig überschätzt. Die Schiene sei nicht einmal in der Lage, den jährlichen Gesamtverkehrszuwachs aufzunehmen. Der Schwerpunkt des Luftverkehrs liege auch nicht auf der Kurzstrecke, sondern im Interkontinentalbereich. Der in dem Antrag geforderte Verzicht auf den Ausbau von Flughäfen würde eine erhebliche Schwächung Deutschlands als Wirtschaftsstandort bedeuten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte die Zielsetzung, Luftverkehr auf das Bahnnetz zu verlagern. Dies geschehe aber nicht durch Willenserklärungen. Was die Forderung nach einer Kerosinsteuer betreffe, habe man deren Notwendigkeit gegenüber der Europäischen Union festgestellt. Diese habe die ICAO (International Civil Aviation Organization) gebeten, sich dazu bis Ende des Jahres zu äußern. Gegebenenfalls komme in dieser Frage ein Handeln durch die EU alleine in Betracht. Ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Attraktivität des Bahnverkehrs sei der Preis, weshalb man eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes im Fernverkehr auf die Hälfte erwägen solle.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, es sei irreal, auf den weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur zu verzichten. Eine zusätzliche Abgabe für den Binnenflugverkehr sei falsch. Der Verlagerung des Luftgüterverkehrs auf die Schiene stehe schon entgegen, dass dieser hauptsächlich Interkontinentalverkehr sei. Insgesamt lehne man den Versuch der Fraktion der PDS ab, den Verkehr politisch zu lenken.

Die **Fraktion der PDS** vertrat die Auffassung, bei einem entsprechenden Ausbau des Schienennetzes könne man die Hälfte des heutigen Binnenflugverkehrs auf die Schiene verlagern. Es finde sehr wohl eine Subventionierung des Luftverkehrs statt, wenn man alle Leistungen einrechne, die Bund, Länder und Gemeinden erbrächten und man auch die externen Kosten berücksichtige. Man befürworte die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes. Der Markt entwickle sich aber in Richtung auf eine Reduzierung der Flugpreise, erst kürzlich habe ein Zusammenschluss mehrerer Billigfluglinien mit dem Ziel noch niedrigerer Preise stattgefunden.

Berlin, den 26. Juni 2002

Hans-Günter Bruckmann
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333